

DER TAGESSPIEGEL

ERUM CAUSAS
COGNOSCERE

04.02.2012 11:39 Uhr | Von Peter Ruhenstroth-Bauer

Gastbeitrag

Berlin muss sich der Kinderarmut stellen

Die Kinderarmut in Deutschland geht zurück, doch in Berlin lebt noch immer jedes dritte Kind unter 15 Jahren von Hartz IV. Die Hauptstadt darf nicht länger Schlusslicht sein, meint der Vorsitzende des Berliner Beirats für Familienfragen.



Die Kinderarmut in Deutschland geht zurück. In Berlin lebt jedoch noch immer jedes dritte Kind unter 15 Jahren von Hartz IV. - FOTO: DAPD

Eine gute Nachricht für Deutschland: Die Kinderarmut geht zurück – im Bundesdurchschnitt um 13,5 Prozent. Das hat die Nürnberger Bundesagentur festgestellt. Eine schlechte Nachricht für Berlin: Hier hat sich die Situation für Kinder nur um 1,2 Prozent verbessert. Immer noch lebt in der Hauptstadt mehr als **jedes dritte Kind unter 15 Jahren von Hartz IV**. Die Bertelsmann-Stiftung hat jetzt mit einer neuen Studie nachgelegt. Untersucht wurde die Kinderarmut bei den Unter-Dreijährigen.

Auch bei den Kleinsten, so das Ergebnis, ist Berlin das Schlusslicht in Deutschland. Die Untersuchungen sind neu – das Problem aber ist seit Jahren bekannt.

Im Berliner Familienbericht 2011 wurde deutlich, dass Armut viel mehr ist als nur fehlendes Geld: Bildungsarmut, ungesundes Aufwachsen, weniger Teilhabe an Kultur, Gesellschaft und Gemeinschaft – alles Faktoren, die Armut auch in unserer Stadt kennzeichnen. Deshalb wird im Familienbericht von der Politik gefordert, dieses Problem endlich anzupacken. Notwendig ist ein Konzept aller Senatsverwaltungen. Und die Politik? Sie hat die Forderungen des Familienbeirats aufgenommen. Die große Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag eine „ressortübergreifende Strategie gegen Kinderarmut“ vereinbart. Dann ist ja alles in Ordnung.

Oder etwa doch nicht? Die Reaktionen in Berlin auf die neuesten Zahlen in Berlin lassen vermuten, dass das Problem in seiner ganzen Schärfe noch nicht wirklich in der Politik angekommen ist. So ist der **Verweis auf den hohen Sockel von Langzeitarbeitslosen** in Berlin ein hilfloser Rechtfertigungsversuch. Und sicher widerspricht niemand, wenn es jetzt wieder heißt: Neue Jobs sind die beste Hilfe für bedürftige Familien. Doch der weiter

hohe Anteil an benachteiligten Kindern lässt keine Floskeln mehr zu. Gefragt ist nicht Aktionismus, sondern eine wirklich ressortübergreifende Strategie. Finanzen, Wohnen, Familie, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Soziales, Kultur, Wirtschaft – alle Senatsverwaltungen sind jetzt unmittelbar gefordert, gemeinsam Lösungen anzupacken und ihre Maßnahmen so aufeinander abzustimmen, dass sie sich wirklich ergänzen. Ressortegoismen oder das in Verwaltungen beliebte Umetikettieren alter Projekte unter dem neuen Dach der „Strategie gegen Armut“ haben keinen Platz mehr. Der neue Senat und die ihn tragende große Koalition haben die Chance und auch die breite Mehrheit, dieses Problem richtig anzupacken und auf Dauer zu lösen. Die Ursachen und Armutsrisiken sind bekannt. Wir wissen: Je früher Kinder Armut erleben, desto größer sind die negativen Wirkungen auf sie. Je länger sie in Armut leben, desto mehr sinken ihre Chancen.



Peter Ruhenstroth-Bauer - FOTO: PROMO

Auch andere Städte haben ein Armutsproblem und suchen nach Lösungen. Ein Beispiel: In Nürnberg hat die Stadt zehn Ziele formuliert. Daraus werden konkrete Maßnahmen gegen Kinderarmut: „Jedes Kind ist herzlich willkommen. Vernünftige Mahlzeiten für jedes Kind. Starke Eltern für alle Kinder. Jedem Kind ein Ferienerlebnis.“ Ziele die auch in Berlin gesetzt werden können. Strukturelle Verbesserungen und individuelle Förderungen sind der Schlüssel für eine wirksame Strategie. So gehören der Ausbau des Jugendgesundheitsdienstes, eine intensive Familienbildung, persönliche Ansprechpartner für Alleinerziehende in den Jobcentern, der Ausbau des Systems früher Hilfen und Familienzentren in allen Bezirken unbedingt dazu.

Der Senat ist bei der Lösung übrigens nicht allein: Gemeinsam mit den Bezirken und den zahlreichen Netzwerken können Chancen für Kinder eröffnet werden, die helfen, Familienarmut zu bekämpfen. Politik, die etwas bewirken will, braucht langen Atem. Nur so kann die gemeinsame Strategie gegen Armut mit vielen ineinandergreifenden Maßnahmen zum Erfolg werden. Deshalb darf nicht mehr länger gewartet werden. Die 100 Tage Schonfrist gibt's hier nicht!

Der Autor ist Rechtsanwalt und Kommunikationsberater. Er ist Vorsitzender des Berliner Beirats für Familienfragen.